2018

jahresbericht

MEHR DEMOKRATIE

30 JAHRE FÜR...

MEHR DEMOKRATIE!
...für Vertrauen, Selbstbestimmung und Respekt
...für direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung
...für ein faires Wahlrecht und die Unterstützung der Parlamente
...für Mehr Demokratie in der EU
...für das Neue in der Demokratie

Rund 9.700 Mitglieder schultern Mehr Demokratie. Wir müssen noch viel mehr werden, um unser politisches Gewicht zu erhöhen - in diesen Zeiten wichtiger denn je. Bitte werden auch Sie Mitglied - JETZT!

Claudine Nierth
Bundesvorstands-
sprecherin

Ralf-Uwe Beck
Bundesvorstands-
sprecher

Den bundesweiten Volksentscheid in den Koalitionsvertrag bringen! Dafür haben wir 2017 einen Text formuliert und eine Kampagne vom Stapel gelassen, die sich bis weit ins Jahr 2018 zog – gemeinsam mit 40 Organisationen. 275.000 Menschen haben unsere Forderung in kurzer Zeit unterschrieben.

Den Passus allerdings finden wir im Koalitionsvertrag nicht, dafür diesen: „Wir werden eine Expertenkommission einsetzen, die Vorschläge erarbeiten soll, ob und in welcher Form unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden kann. Zudem sollen Vorschläge zur Stärkung demokratischer Prozesse erarbeitet werden."

Ja, das ist eine dünne Suppe. Aber es ist mehr, als jemals in einem Koalitionsvertrag stand, den die CDU unterschrieben hat. Immerhin steht da etwas von „direkter Demokratie". Ärgerlich sind zwei Buchstaben, nämlich dieses „ob". Was soll das? Die Frage ist längst beantwortet: In ausnahmslos allen Bundesländern gibt es die direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung. Kurz und keck: Das „ob" muss weg!

Da steht aber auch: „… in welcher Form …". Da ist die Antwort auf das „ob" gleich mitformuliert. Es kommt auf die Ausgestaltung an. Wir sagen jedenfalls: Die Tür zum bundesweiten Volksentscheid ist einen Spaltbreit auf. Das ist unserer Kampagne zu verdanken und den vielen Menschen, die sich dafür stark gemacht haben – mit ihrem Einsatz, mit ihren Spenden. Nun muss die Experten-Kommission her. Dafür werden wir 2019 kämpfen.

Und wir warten nicht, nein wir werden selbst aktiv – mit unserem Bürgergutachten Demokratie unter dem Motto „Los jetzt!". Wir werden 2019 die gleichen Fragen einem Bürgerrat aus zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern vorlegen. Sie werden dann selbst Vorschläge erarbeiten, wie wir unsere Demokratie ausbauen und ergänzen können. Diese Vorschläge werden wir dann Regierung und Bundestag übergeben. Den Bürgerrat werden wir anschieben und begleiten. An unsere Seite haben sich bereits namhafte Partner gestellt wie der Bund der deutschen Industrie, der Deutsche Gewerkschaftsbund, das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, der BUND und einige mehr…

Wir wollen Demokratie erleben, mitgestalten und vor allem stärken!

Mehr zum Bürgergutachten
www.mehr-demokratie.de/buergergutachten/

WAS SONST NOCH WICHTIG WAR 2018...

CETA und Co. verhindern

„Nein zu CETA“ ist die Überschrift unserer Verfassungsbeschwerde. Im Juni haben wir beim Bundesverfassungsgericht als Ergänzung beantragt, CETA auch dem Europäischen Gerichtshof vorzulegen.

Warum?
Hier die Begründung
www.ceta-verfassungsbeschwerde.de/2018/06/01/ceta-eugh/

Wir planen weitere Schritte gegen intransparente Handelsabkommen und konzernfreundliche Schiedsgerichte, u.a. im Bündnis Gerechter Welthandel. Außerdem wollen wir vom Verfassungsgericht klären lassen, ob die EU wesentliche Teile von künftigen Handelsabkommen wirklich einfach so als „EU only“ und damit ohne die Mitgliedstaaten durchdrücken kann.

Was wir kritisieren und wie es besser geht
www.mehr-demokratie.de/handelsabkommen-und-demokratie/

Während der Koalitionsverhandlungen in Bayern haben wir zusammen mit Bündnispartnern 79.000 Unterschriften an die Freien Wähler übergeben. Wir stärken ihnen den Rücken, damit sie gegenüber der CSU standhaft bleiben und CETA die Zustimmung im Bundesrat verweigern.

Mehr zur Aktion
www.mehr-demokratie.de/news/2018/freie-waehler-wollen-bei-nein-zu-ceta-bleiben/

Direkte Demokratie-Gipfel in Rom

„Democracy is a conversation that never ends. – Demokratie ist ein niemals endendes Gespräch.“ Diesen Satz haben rund 800 Teilnehmende aus 90 Ländern auf dem Global Forum für moderne direkte Demokratie in Rom formuliert. Es ist der Abschluss einer „Magna Charta“ für demokratische Städte und der Anfang einer weltweiten Vernetzung. Denn die Gemeinden sind die Keimzellen von Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung.

Mehr zum Global Forum
www.mehr-demokratie.de/globfor18/

Neu bei Mehr Demokratie: Arbeitskreis Digitalisierung

Welche Chancen und Risiken birgt die Digitalisierung für die Demokratie? Was sind sinnvolle Online-Instrumente für Bürgerbeteiligung, Wahlen und Abstimmungen? Erstes Projekt: Ein Demokratie-Wiki. Falls Sie mitarbeiten möchten, wenden Sie sich gerne an Alexandra Arweiler: arweiler.ak.digitalisierung@posteo.de

MEHR SCHULTERN MEHR!

2019 stehen mit dem Bürgergutachten und der Prüfung einer Verfassungsbeschwerde gegen das EU-Singapur-Abkommen zwei Groß-Projekte an. Seit Jahren folgt eine Aktion der nächsten, jagt ein Projekt das andere. Unsere Basis ist stark, aber nicht stark genug. 2019 wollen wir stabil auf 10.000 Mitglieder wachsen. Bitte werden auch Sie Teil der Demokratiebewegung!

www.mehr-demokratie.de/mitglied-werden/

WAS LÄUFT IN DEN LANDESVERBÄNDEN?

MECKLENBURG-VORPOMMERN
Die rot-schwarze Landesregierung hat 2018 eine Volksbefragung zum Thema Wahlalter 16 erwogen. Mehr Demokratie hat darauf gedrängt, vor allem verbindliche Mitentscheidungsrechte wie fakultative und obligatorische Referenden einzuführen.

SCHLESWIG-HOLSTEIN
Hier gibt es bald die Möglichkeit, Volksinitiativen online zu unterzeichnen. Das neue Gesetz soll Vorbildfunktion für alle Bundesländer haben.

HAMBURG
Seit 20 Jahren gibt es Bürgerbegehren in den Stadtbezirken! Das haben wir gefeiert und eine umfangreiche Bürgerbegehrens-Broschüre mit Analysen, Erfahrungsberichten und Zukunftsperspektiven veröffentlicht.

BERLIN
Die im Koalitionsvertrag angekündigte Volksbegehrens-Reform lässt auf sich warten – wir machen Druck. Gemeinsam mit der Open Knowledge Foundation Deutschland und anderen Bündnispartnern bereiten wir außerdem ein Volksbegehren für ein Transparenzgesetz vor.

BREMEN
Unser Volksbegehren „Mehr Demokratie beim Wählen ist mit 21.881 gültigen Unterschriften knapp gescheitert – 2.500 zu wenig. Wir bleiben dran und nutzen die Erfahrungen, um Reformen der Volksgesetzgebung zu fordern und die Schwächen des Wahlrechts weiter aufzudecken. Danke für alle Unterstützung!

BRANDENBURG
Auf Drängen von Mehr Demokratie wurden Bürgerbegehren und -entscheide leicht reformiert.

NORDRHEIN-WESTFALEN
Die schwarz-gelbe Landesregierung plant die Abschaffung der Stichwahl bei Bürgermeister- und Landratswahlen. Mehr Demokratie wendet sich dagegen.

SACHSEN-ANHALT
Bürgerbegehren und -entscheide wurden erleichtert, u.a. wurde das Zustimmungsquorum gesenkt.

HESSEN
Eine überwältigende Mehrheit von 86,3 Prozent hat bei einem Verfassungsreferendum für den Ausbau der direkten Demokratie gestimmt. Das Land rückt vom Schlusslicht in die Mitte.

THÜRINGEN
Der Gesetzentwurf für ein Kommunalwahlrecht "mit Experimentierklausel" ist vorgestellt. Thüringer Kommunen sollen sieben Instrumente ausprobieren können, mit denen sich die Wahlbeteiligung steigern lässt – u.a. die Proteststimme, , Briefwahlunterlagen an alle und Wahlpflicht.

RHEINLAND-PFALZ, SACHSEN, SAARLAND
Hier stehen die Senkung der Hürden und die Verlängerung der Sammelzeiten bei Volksbegehren im Mittelpunkt.

BAYERN
Der Koalitionsvertrag zwischen CSU und Freien Wählern steht – doch das Thema direkte Demokratie spielt darin keine Rolle. Aber wir werden darauf drängen, dass sich die neue bayerische Regierung des Themas annimmt.

BADEN-WÜRTTEMBERG
Der Landesverband hat im Februar einen Volksantrag zur Einführung der direkten Demokratie auf Kreisebene gestartet. Die erforderlichen 38.418 Unterschriften kommen leider nicht zusammen – aber immerhin haben wir eine Debatte angestoßen.

Finanzbericht 2018 (ohne Landesverbände)

	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
Kampagnen			
Bundesweiter Volksentscheid, Europa		–113.568	
Verfassungsbeschwerden, Handelsabkommen	30.006	–41.252	
Internationale Partner: NL, Belgien, Schweden	150.000	–157.630	
Bürgergutachten		–42.279	
Reform-, Lobbyarbeit		–80.744	
Dezentrale Demokratie, Arbeitskreise, weitere Aktionen, Fahrtkosten		–30.427	
Allianz für Gemeinnützigkeit, Gerechter Welthandel, DI		–6.000	
			–291.895 €
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit			
Webseite, Gestaltung, Infomaterial, Personal, Pressekonferenzen etc.		–153.811	
Zeitschrift für direkte Demokratie	612	–56.036	
			–209.235 €
Verbandsinterne Demokratie			
Vorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen, Mitgliederurabstimmungen		–47.816	
Beiträge der Teilnehmer	1.572		
			–46.243 €
Bildung/Veranstaltungen			
Vorträge, Seminare, Beratung, Veranstaltung		–28.228	
			–28.228 €
Wissenschaft			
Bürgerentscheidsdatenbank		–4.800	
Bürgerentscheids- und Volksentscheidsberichte, Rankings	193	–40.002	
			–44.609 €
Verwaltung			
Mitgliederverwaltung, Buchhaltung, Geschäftsführung		–121.726	
Datenbank, Datenschutz		–6.610	
Kostenerstattungen	23.343		
Bundesbürokosten		–25.044	
			–130.037 €
Fundraising, Werbekosten			
Fördererwerbung und Mailing Kosten		–58.080	
Gehälter, Spendenbescheinigungen		–115.580	
Beiträge	397.202		
Mailing Spenden	171.231		
Großspenden (ab 10.000.– €)	150.000		
Online- und sonstige Spenden	142.179		
Demokratiestiftung	100.000		
Sonstige Einnahmen	18.676		
			805.627 €
Summe	1.185.014	–1.129.634	
Ergebnis 2018			**55.379 €**
Übertrag aus dem Jahr 2017			239.095 €
Kontostand 31.12.2018 Bundesverband			294.475 €

Impressum
Mehr Demokratie e.V.
Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Telefon 07957-923 9050, Fax 07957-924 9992
info@mehr-demokratie.de

IBAN: DE 14 7002 0500 0008 8581 05
BIC: BFSWDE33MUE, Bank für Sozialwirtschaft

Bildnachweise
Titelfoto, Seite 2: Jan Hagelstein
Wenn nicht anders angegeben, stammen die Fotos aus der Datenbank von Mehr Demokratie e.V.